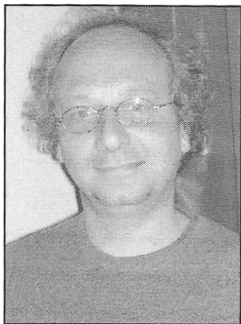


Stefan Matysiak

Nachkriegsdeutschland als Blaupause?

Informationskontrolle und Propaganda beim Neuaufbau des Irak

(Aus: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies Nr. 2/2007, S. 28-41.)



Dr. Stefan Matysiak, geboren 1965, ist Mitarbeiter am Zentrum für Interdisziplinäre Medienwissenschaft der Universität Göttingen. Er veröffentlichte verschiedene Aufsätze zur Mediengeschichte der deutschen Nachkriegszeit und zu internationaler Medienpolitik, z.B. „Die Bedeutung traditioneller Verleger beim Neuaufbau der Presse in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Zweiten Weltkrieg,“ *Mecklenburgische Jahrbücher* Nr. 120 (2005): 175-196.
Kontakt:
S.Matysiak@web.de.

Als die Vereinigten Staaten von Amerika mit der Eroberung des Irak ab März 2003 auch die Verantwortung für die politische Zukunft des Landes zu übernehmen begannen, verwies die US-amerikanische Führung bei der Erläuterung ihres Vorgehens auf jene knapp 60 Jahre zurück liegenden Erfahrungen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs mit den besiegten Feindstaaten gemacht worden waren. Damals waren der Okkupation umfangreiche Planungen zur politischen und gesellschaftlichen Reorganisation vorausgegangen. Deutschland sollte seinerzeit auf der Basis von Medienkontrolle und Umerziehungspropaganda befriedet, zivilisiert und wieder in die Völkergemeinschaft eingegliedert werden.

Der Rückgriff auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gehörte im Verlauf des Irakkriegs und der nachfolgenden Besetzung des Golfstaates zu den wesentlichen propagandistischen Mustern. Mit dem Verweis auf die geschichtliche Erfahrung in Deutschland wurde die problemlose Lösbarkeit der Aufgabe im Irak unterstrichen, zugleich wurde damit die Blaupause benannt, die als Basis für den Erfolg dienen sollte. So erinnerte die damalige Sicherheitsberaterin und heutige Außenministerin Condoleezza Rice im August 2003 an die Erfahrung in „creating a democratic Germany.“¹ Präsident George W. Bush verglich im September 2003 in einer Rede an das amerikanische Volk ebenfalls die Lage nach dem Irak-

Krieg mit der erfolgreich gemeisterten Situation nach dem letzten Weltkrieg.² Und während die Nachkriegsplanungen für das Deutsche Reich den Namen ECLIPSE bekommen hatten, wurden diejenigen für die Nachkriegsphase im Irak mit der Bezeichnung ECLIPSE II ausdrücklich in die Tradition des erfolgreichen deutschen Vorbildes gestellt.³

Diese Parallelen waren zuvor bereits ausführlich in amerikanischen Think Tanks ventiliert und der Politik als Grundlagen für die Planungen der Nachkriegsentwicklung dargelegt worden. So hatte sich etwa in der Rand-Corporation eine Arbeitsgruppe ans Werk gemacht, um entsprechende Schlüsse aus der Geschichte zu ziehen: „Not since the occupation of Germany and Japan has the United States undertaken such an ambitious task: the military occupation of a sizable country and a stated commitment to wholesale political transformation.“⁴ Für das United States Institute of Peace untersuchte Ray Salvatore Jennings die in Deutschland und Japan sowie in Afghanistan gemachten Erfahrungen darauf, wie sie nutzbar gemacht werden könnten, um nunmehr auch im Irak den Frieden zu gewinnen.⁵

Bei den politischen Zielen für die Nachkriegsordnung kam es so zu einer Reihe von Parallelen. Was im Deutschen Reich die Entnazifizierung, wurde im Irak die Entbaathifizierung. Beide Kriege sollten auch gemeinsam haben, dass vom

Kriegsgegner nach der Niederlage keinerlei militärische Gefahr mehr ausgehen sollte. Nach dem Irakkrieg sollte es zudem wie 1945 in Deutschland zu einer schnellen Rückführung der US-Truppen kommen und ein Kriegstribunal zur Aburteilung der besiegten Regime eingerichtet werden.⁶ Bei den Erfolgen der Aufbau- und Umgestaltungspolitik zeigen sich jedoch große Unterschiede: Während bereits gut vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Bundesrepublik Deutschland als befriedete Demokratie aus den Bemühungen der westalliierten Militärbehörden hervorgegangen war, steht der Irak nach derselben Zeitspanne noch immer hart am Rande des totalen Chaos.

Eine wesentliche Funktion bei der Eroberung wie auch beim Neuaufbau Deutschlands war im Jahr 1945 der Informationskontrolle zugekommen. Die Medien wurden damals als Teil des feindlichen Nachrichtenwesens betrachtet, was ihre Überwachung militärisch begründete. Neben der militärischen Bedeutung für die Absicherung der Kampfhandlungen und der Befriedung der besetzten deutschen Gebiete galten die Medien als wesentliches Werkzeug der Lenkung und Umerziehung der deutschen Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund der im Rahmen des Irakkriegs gezogenen Parallelen zur Besetzung Deutschlands ist zu fragen, welche Bedeutung der Medienkontrolle seit dem Jahr 2003 am Persischen Golf zukam. Untersucht werden soll, ob den Medien nach 1945 und nach 2003 jeweils vergleichbare Aufgaben zugesprochen wurden. Sind im Bereich der Medienkontrolle Entwicklungen identifizierbar, die als ein Grund für die unterschiedlich erfolgreiche Besatzungspolitik gelten können?

Informationskontrolle und Propaganda in Deutschland 1945

Als die amerikanische Armee im Winter 1944/45 erstmals deutschen Boden betrat, war der Umgang ihrer Soldaten mit den gegnerischen Medien anfangs vor allem von der militärischen Notwendigkeit der Kontrolle des deutschen Nachrichtenwesens geprägt. Es kam zur Beschlagnahme und

Schließung aller Instrumente zur Nachrichtenübermittlung. Die in Deutschland einrückenden Besatzungstruppen verfügten mit dem 300-seitigen „Handbook for Military Government of Germany“ über ein Nachschlagewerk, in dem für eine Reihe von Aufgaben, Problemen und Eventualitäten Anweisungen gegeben wurden. Wegen der militärischen Notwendigkeit der Nachrichtenkontrolle ließ das Handbook für die Besatzungsphase nur unter Vorbehalt von Deutschen gemachte Medien zu. Die Militärregierung wurde angewiesen, eine Zensur einzurichten, die es ermöglichte, die eigenen militärischen und zivilen Operationen ohne eine die eigenen Truppen gefährdende deutsche Gegenpropaganda oder Spionage durchzuführen.⁷ Um jede unerwünschte feindliche Nachrichtenübermittlung zu unterbinden, die die rückwärts der Kampfhandlungen liegenden Gebiete hätte destabilisieren können, trat in der Regel beim Einmarsch der Alliierten ein sofortiges Publikations- und Sende- und Sendeverbot in Kraft.⁸ Einerseits bestand die Furcht vor einer deutschen Partisanen- oder Guerillatätigkeit, andererseits benötigten die Besatzungstruppen kurzfristig Medien, die für eine Beruhigung und Steuerung der durch Krieg und Flucht durcheinandergewirbelten Bevölkerung sorgen konnten, die Nachrichten zur Verhinderung von Panik verbreiteten, die den umlaufenden Gerüchten Fakten entgegen setzten und in denen Befehle und Anordnungen veröffentlicht werden konnten.⁹

Nachdem sich die Sicherheitslage nach Ende der Kampfhandlungen und mit der bedingungslosen deutschen Kapitulation für die Besatzungstruppen verbessert hatte, änderte sich der alliierte Blick auf die Medien. Da kein Risiko mehr bestand, die gegnerischen Zeitungen und Rundfunksender könnten von der Wehrmacht zum Nachteil der Alliierten instrumentalisiert werden, konnte die kurzfristige militärische Betrachtung der Medien zugunsten einer längerfristigen zivilen aufgegeben werden. In der Folge wurden, vier Tage nach der deutschen Kapitulation, eine Reihe von Gesetzen und Richtlinien erlassen, die nicht mehr die Übermittlung unzensurierter feind-

[...]